



- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)
[Pressemitteilung](#)

Planungen zu den Ortsumgehungen Bruchsal, Bretten und Bauschlott - Auftaktgespräch im Regierungspräsidium

20.07.2018

Auf Einladung von Regierungspräsidentin Nicolette Kressl fand am Dienstag, 17. Juli 2018, im Regierungspräsidium Karlsruhe ein Auftaktgespräch zu den Planungen der Ortsumgehungen Bruchsal, Bretten und Neulingen-Bauschlott im Zuge der B 35 beziehungsweise B 294 statt. An dem Gespräch nahmen neben der Regierungspräsidentin und dem Leiter Straßenwesen und Verkehr im Regierungspräsidium, Jürgen Skarke, auch Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick (Bruchsal), Oberbürgermeister Martin Wolff (Bretten), die Bürgermeister Michael Schmidt (Neulingen-Bauschlott), Bernd Killinger (Forst), Ulrich Hintermayer (Kraichtal), Tony Löffler (Ubstadt-Weiher), der Erste Landesbeamte der Enzkreises, Wolfgang Herz, der Amtsleiter Straßenbau im Landratsamt Karlsruhe, Patrick Bohner sowie weitere Vertreter der Kommunen und des Regierungspräsidiums teil.

Regierungspräsidentin Kressl hatte zu diesem gemeinsamen Gespräch eingeladen, da mit der Aufnahme der Ortsumgehungen in die zweite Stufe der Umsetzungskonzeption des Landes für den Bedarfsplan des Bundes ein konkreter Auftrag für einen Planungsbeginn bis 2025 für das Regierungspräsidium entstanden ist.

Zu Beginn des Auftaktgespräches stellte das Regierungspräsidium zu den einzelnen Maßnahmen bereits vorhandene Unterlagen aus früheren Jahren vor.

Obwohl es sich um insgesamt drei voneinander unabhängige Straßenplanungsmaßnahmen handelt, besteht ein Zusammenhang zwischen den einzelnen Maßnahmen in der Region, sodass eine gemeinsame Abstimmung sinnvoll ist. Diese Auffassung wurde auch von allen Anwesenden geteilt. Dabei betonte die Regierungspräsidentin gegenüber den kommunalen und behördlichen Spitzenvertretern, dass die Sichtweisen der Kommunen hierbei wichtige Faktoren seien.

Es ist vorgesehen, in einem nächsten Schritt in bilateralen Gesprächen auf Fachebene mit den einzelnen Kommunen die Grundlagen für die Planung zu erarbeiten.

„Für das Regierungspräsidium ist es außerdem selbstverständlich, dass zu allen drei Maßnahmen nicht nur die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt wird, sondern auch die Planungsalternativen offen diskutiert werden“, so Regierungspräsidentin Nicolette Kressl.

Kategorie:

Pressemitteilung Pressemitteilung Pressemitteilung